

Ressort: Gesundheit

CDU-Politiker wollen schärfere Gesetze für Sterbehilfe

Berlin, 22.05.2015, 18:00 Uhr

GDN - In der Debatte um die Neuregelung der Sterbehilfe fordern Unionsabgeordnete eine Verschärfung der geltenden Gesetzeslage. Demnach sollen die Anstiftung und die Beihilfe zum Suizid mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet werden, berichtet das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel".

Damit wäre die Suizidhilfe auch durch nahe Angehörige oder Ärzte künftig strafbar. Diese Forderung gehe aus einem Antrag hervor, den die CDU-Politiker Patrick Sensburg und Thomas Dörflinger formuliert hätten. Es dürfe "nicht zugelassen werden, dass das Leben eines Kranken, Schwachen, Alten oder Behinderten als lebensunwert angesehen wird – von ihm selbst oder von Dritten", heißt es laut "Spiegel" in der Begründung. Nach geltendem Recht wird die Beihilfe zur Selbsttötung nicht bestraft. Der Bundestag will noch in diesem Jahr eine Neuregelung verabschieden. Einigkeit zeichnet sich darin ab, die organisierte Sterbehilfe etwa durch Vereine zu verbieten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-54986/cdu-politiker-wollen-schaerfere-gesetze-fuer-sterbehilfe.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619